

Laibacher Zeitung.

Mr. 206.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganz.
fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus
halbj. 50 fl. Mit der Post ganz. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 9. September

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mafl 60 fl.
2m. 80 fl., 3m. 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fl., 2m. 8 fl.,
3m. 10 fl. u. s. w. Insertionsstempel jedem. 30 fl.

1867.

Richtamtlicher Theil.

Laibach, 7. September.

Auch von preußischer ministerieller Seite erhalten wir nun einen Beitrag zur Beurtheilung der Salzburger Zusammenkunft. Die amtliche Lithographie „Provinzial-Correspondenz“ sagt: „Der Besuch, welchen der Kaiser Napoleon und seine Gemalin vor kurzem dem österreichischen Kaiserpaare in Salzburg abgestattet haben, ist vielfach Gegenstand beunruhigender Gerüchte und besorglicher Auslegungen in Bezug auf die politischen Zwecke und Ergebnisse der förmlichen Zusammenkunft gewesen. Die preußische Regierung hat diese Befürchtungen von vornherein nicht getheilt. Ihre Auffassung der politischen Lage hat seitdem allseitig Bestätigung erfahren. Aus zuverlässigen Neuuerungen geht hervor, daß der Besuch des französischen Kaiserpaars nur von der Absicht ausgegangen war, dem durch das traurige Geschick des Kaisers von Mexico schwer getroffenen österreichischen Kaiserhause ein Zeichen herzlicher Theilnahme zu widmen, daß dagegen politische Zwecke, welche geeignet wären, Beunruhigung hervorzurufen, bei der Zusammenkunft nicht obwalteten.“

Die übrigen Mittheilungen der „Provinzial-Correspondenz“ sind durch den Telegraphen bereits erschöpfend wiedergegeben. Die Berathungen der hessischen Vertrauensmänner haben sich in eitel Verständigung und wechselseitiges Entgegenkommen aufgelöst. Was Hannover anbelangt, so schreibt die „Prov.-Corresp.“: „Die obere Provinzialverwaltung in Hannover war bisher mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Provinz mit dem militärischen Oberbefehl in der Hand eines Generalgouverneurs, des Generals v. Voigts-Rhez, vereinigt. Mit Rücksicht auf die bevorstehende erste Berufung der neu errichteten Provinzialstände von Hannover, so wie auf die weiteren Schritte zur Regelung der Verwaltungseinrichtungen der Provinz erscheint es erforderlich, daß die obere Civilverwaltung derselben nunmehr einem besonderen Beamten auvertraut werde. Die Ernennung eines Oberpräsidenten ist demgemäß in unmittelbare Aussicht genommen und das Augenmerk auf einen Mann gerichtet, welcher durch seine hervorragende unabhängige Stellung, durch anerkannte Tüchtigkeit und durch seine engen persönlichen Beziehungen zu dem bisherigen hannoverschen Lande ebenso wie zur preußischen Monarchie geeignet scheint, allseitig Vertrauen zu erwecken.“

Über das Fröbel'sche Zeitungssprogramm schreibt ein offiziöser Correspondent von München in der „A. A. Ztg.“: „Über das Verhältniß des Fröbelschen Zeitungssprogrammes zur bayerischen Regierung scheinen verschiedene irrite Meinungen zu herrschen. Kleines Wissens hat die reale Politik nur das mit Herrn Fröbels Ansichten gemein, daß einerseits die Gründung eines süddeutschen Bundes nicht durchführbar, der Anschluß an den norddeutschen Bund andererseits aber nicht im Interesse Bayerns gelegen erachtet wird. Dass Bayern an der Spitze der süddeutschen Staatengruppe steht, ist eine auf dem Machtverhältniß beruhende selbstverständliche Thatsache. Alle anderen politischen Erwägungen und publicistischen Combinationen des Programms sind lediglich Eigenthum des Herrn Fröbel, der auch ferner seine Anschaulungen in der „Süddeutschen Presse“ selbstständig und unabhängig vertreten wird.“

Der „Abend-Monitor“ glaubt neuerdings constatiren zu können, daß die Ruhe in den päpstlichen Staaten trotz aller Bemühungen der Actionspartei ungestört bleiben werde. Er schreibt: „Die Hoffnungen, die wir zu wiederholten malen wegen des gänzlichen Scheiterns jedes Versuches, die Ordnung in den päpstlichen Staaten zu stören, aussprachen, scheinen sich erfüllt zu sollen. Die Agitatoren, welche auf das Einverständnis der Römer rechneten, scheinen durch den gesunkenen Sinn der Bevölkerung entmuthigt zu sein. Die italienische Regierung stellt noch immer an der Grenze zahlreiche Truppen staffelförmig auf, um die Bildung revolutionärer Banden zu verhindern und den Bestimmungen des Vertrages vom 15. September Geltung zu verschaffen. Die Küsten sind gleichfalls Gegenstand einer thätigen Ueberwachung.“

Die steiermärkische Escomptebank.

1.

S. Die steiermärkische Escomptebank ist eine Aktiengesellschaft, welche ursprünglich den Zweck hatte, dem Handel und den Gewerben Steiermarks Geldmittel zu

verschaffen, und nun in der zweiten Generalversammlung, und zwar am 3. März v. J., beschlossen hat, ihren Geschäftswirkungskreis auch auf ihre Nachbarprovinzen Krain und Kärnten auszudehnen, und es ist die diesbezügliche Concession bereits höheren Orts erwirkt worden. Nur einige unwesentliche Formalitäten bleiben noch zu erfüllen, wo dann mit unserm eben an Capital nicht sehr reichen Lande die Geschäfte nach vielen Richtungen eröffnet werden können. Eine Actie für die steiermärkische Escomptebank ist laut ursprünglicher Statuten auf 200 fl. festgesetzt. Jeder Eigentümer einer oder mehrerer Actien ist Mitglied der Escomptebank. Der Creditinhaber ist nur Theilnehmer derselben. Die Actionäre bilden also die Gesellschaft der Escomptebank, und die Creditinhaber, nämlich alle diejenigen Personen, welche bei dieser Escomptebank einen Credit genießen, bilden gemeinschaftlich zusammen den Creditverein und sind so nach Theilnehmern der Escomptebank.

Uebrigens kann jeder Actionär Creditinhaber und ebenso selbstverständlich jeder Creditinhaber auch Actionär sein.

Die Escomptebank hat nach § 2 der Statuten zunächst ihre Gelder dem Creditverein zu zu zuführen unter den in diesen Statuten festgesetzten Bedingnissen. Wer und wie man die Credittheilnahme bei der steiermärkischen Escomptebank erwirken kann, glauben wir vor allem den diesbezüglichen Paragraphen der Statuten anzuführen, wie folgt: „V. Hauptstück. Von den Theilnehmern (Creditinhabern). Bedingung zur Erlangung eines Credites. § 41. Die Credittheilnahme bei der steiermärkischen Escomptebank kann nur in Folge eines Ansuchens um dieselbe gewährt werden und wird überhaupt nur solchen Personen zugestanden, welche in Steiermark, beziehungsweise in Krain und Kärnten anfassig sind oder daselbst protokollierte Firmen haben, bezüglich der Ehrenhaftigkeit ihres Charakters keinem geäußerten Bedenken unterliegen und welche bezüglich ihrer Erwerbsfähigkeit und Solvenz von der Gesellschaft als zulässig erachtet werden sind. Durch die Gewährung eines Credits wird man Theilnehmer der Bankgesellschaft.“

Aus diesem geht ganz klar hervor, daß die steiermärkische Escomptebank insbesondere die Ehrenhaftigkeit des Charakters, die Erwerbsfähigkeit und sonstige Solvenz bedingt und aus der Nachweisung der protokollierten Firmen, wenn sie auch sonst willkommen ist, kein wesentliches Erforderniß macht. Auch escomptiert die steiermärkische Escomptebank Wechsel auf 6 Monate.

Wenn man in Erwägung zieht, daß in den meisten anderen öffentlichen Anstalten nur Wechsel längstens auf 3 Monate und dann nur Annahme finden, wenn selbe von drei solvanten und mindestens zwei protokollierten Firmen unterzeichnet sind, während der steiermärkischen Escomptebank nur zwei Wechselverpflichtete, wovon nur einer Creditinhaber sein muß, und ohne Erforderniß der Protokollierung genügen, so bietet letztere ganz gewiß eine große und sehr wertvolle Erleichterung für den Capital bezug, abgesehen von dem Vortheil, daß bei ihr auch Wechsel unterbracht werden können, welche außerhalb Laibach, und zwar in Triest, Wien, Graz, Pest, Brünn, Prag, Lemberg zahlbar sind. Wenn z. B. ein Geschäftsmann in der Stadt oder am Lande, ob protokolliert oder nicht, für ein abgeschlossenes Geschäft einen Wechsel erhält, so kann er denselben, wenn er sonst Creditinhaber ist, ohne jede weitere Unterschrift in die Escomptebank einreichen.

Die steiermärkische Escomptebank verschafft sonach dem Handel, der Industrie und dem Gewerbe direct die Geldmittel und fordert keine dritte protokollierte Firma, die zwischen dem Geldgeber und dem Geldnehmer noch eine separate Function auszuüben hätte. Das ganze System ist, wie wir mit nächstem klar darstellen werden, auf Selbsthilfe basirt, denn wenn eine dritte protokollierte Firma einem Credit gibt, so kann die Bank, respective Firma einem Credit gibt, so kann die Bank, respective der Creditverein ja auch direct dasselbe thun und braucht sogenügend keine Mittelperson.

Hauptfächlich diesem Umstände zu Folge erfreute sich die Anstalt und mit ihr der Creditverein gleich von Anfang an der allgemeinen Zustimmung und seitdem einer fortwährend immer wachsenden Theilnahme. Insbesondere zeigten sich die Vortheile einer stets und sicher fließenden Geldquelle während der vorjährigen

Kriegsperiode, denn es ist Thatsache, daß vom Creditverein im ganzen Jahre auch nicht ein Wechsel zurückgewiesen wurde, welcher den Statuten entsprochen hat, während allerwärts die weitgehendsten, den öffentlichen Credit schwer beeinträchtigenden Restringirungen durchgeführt und eine Aengstlichkeit beobachtet wurde, welche der steiermärkischen Escomptebank fern blieben. Der Creditverein zählt dermalen in Steiermark allein an 600 Theilnehmern mit einem Gesamtcredit von weit über zweimillionen Gulden.

Im verflossenen Jahre wurden von den Credittheilnehmern zur Escomptierung überreichte Wechsel im Betrage von $4\frac{1}{2}$ Millionen Gulden angenommen, ferner wurden durch anderweitige statutenmäßige Escompte Wechsel im Betrage von $2\frac{1}{2}$ Millionen in die Anstalt überreicht, somit über $6\frac{1}{2}$ Millionen, welche gesamte Summe ungefähr einem neunfachen Umschlage des Actienkapitals gleich kommt. Die Gelder in laufender Rechnung liefern übrigens den klarsten Beweis, welch' großes Vertrauen dieses Institut jetzt schon genießt, denn es wurde im Laufe des verflossenen Jahres gegen Cassenscheine und Cassenbriefe die Summe von 3,318.700 fl. eingezogen.

Wenn man bedenkt, daß die Escomptebank zu Graz noch nicht einmal drei Jahre besteht und bisher der Wirkungskreis blos auf Steiermark beschränkt war, und bereits schon solche Resultate erreichte, so kann man sich wohl leicht denken, daß, wenn sie ihre höchst solide Operation auch auf Krain und Kärnten, somit auf ganz Innerösterreich ausdehnen wird, daß dieses höchst wichtige Geldinstitut mit gegenseitig ehrlich meinender Unterstützung in der kürzesten Zeit zu einer Größe und mit vereinten Kräften zu einer riesigen Stärke gelangen muß, welche auf Handel, Gewerbe, Industrie und Agricultur Innerösterreichs gewiß einen sehr wohlthätigen, reichlichen Segen ausbreiten wird.

Wir erklären, ohne unbescheiden zu sein, daß wir fast von allen Escompte-Banken, die in unserer Monarchie auf dem Grundprinzip der sogenannten Selbsthilfe bestehen, von den betreffenden Statuten z. Kenntnis haben, und alle prosperiren vortrefflich, und um so mehr, wenn 3 Nachbarländer verbunden, die sonst auch solidarische Interessen haben, müßte eine gemeinsame innerösterr. Escompte-Bank zu Graz* für Steiermark, Krain und Kärnten von unberechenbar folgenreicher Tragweite sein. Fleißige Studien am volkswirtschaftlichen Gebiete und öftmalige Reisen in den industriellen Ländern haben uns zu der unerschütterlichen Überzeugung gebracht, daß der Association-Geist ein Strom ist, der heutzutage alles mit sich reißt. Krain und Kärnten werden gewiß die freundliche Hand, die uns Steiermark als wohlmeinender Nachbar angeboten, vertrauensvoll mit männlichem Muth ergreifen, und vereint und ehrlich wollen wir zusammenwirken, auf daß sich Innerösterreich materiell und geistig wohl befinden werde.

Mit nächstem werden wir das Verhältniß zwischen der Escompte-Bank und dem Credit-Verein rücksichtlich der gegenseitigen Haftung und dem gegenseitigen Schutz des näheren ausführen. **

Erster österreichischer Lehrertag.

Die erste Hauptversammlung wurde Donnerstag von dem Präsidenten Herrn Franz Bobes mit einer kurzen Ansprache eröffnet. Hierauf erfolgte die definitive Zusammensetzung des Bureau. Die zu Vicepräsidenten in Vorschlag gebrachten Herren Friedrich Körner und Johann Herrmann und die zu Schriftführern empfohlenen Herren Steiner und Ernst wurden mit Acclamation bestätigt. Sodann begrüßte der Herr Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien Dr. Zelinka die anwesende Versammlung mit warmen Worten und betonte insbesondere, daß die Idee der Zusammengehörigkeit Österreichs die gemeinsamen Bestrebungen der versammelten Lehrer leiten möge und daß er jeden ohne

* Für den ersten Anfang wird die Geschäftsverbindung für jetzt und als Anfang in vieler Beziehung sehr zweckmäßig finden.

** Das Präsidium der Handels- und Gewerbeamter unseres Landes ist übrigens Jedermann und zu jeder Zeit mit Vergnügen bereit, jede erwünschte Auflösung diesbezüglich zu ertheilen.

Rücksicht auf Nationalität gleich freundlich willkommen heiße. (Beifall.) Hieran knüpfte der Vorsitzende Herr Böbius die bedeutungsvolle Mahnung, daß die zu berathenden Fragen, welche weit hinaus in das Land dringen werden, mit geradem Sinne, aber auch mit richtigem Tacte ventilirt sein wollen und daß das Streben und Ringen nach politischer, wahrhaft sittlicher und religiöser Freiheit und natürlichem Fortschritte den Ausgangspunkt bilden müsse. (Bravo.)

Das erste zur Discussion gelangende Verhandlungsthema lautet: Ist die österreichische Volksschule das, was sie sein soll, und wenn nicht, wie kann sie zweckentsprechend gestaltet werden?

Als erster Redner äußert sich hierüber, und zwar nur über den ersten Theil der Frage, Herr Gallistl aus Wien. Seine Antwort fällt negativ aus. In sehr scharfen Ausdrücken tadelte er die gegenwärtige Unterrichtsverfassung an Volksschulen. Sie seien vorzugsweise den Zwecken eines im Staate bevorzugten Standes untergeordnet, meint der Redner, und hieraus resultiren eine Anzahl von Missverhältnissen. Derselben Ansicht ist Herr Director Lederer aus Pest. Man soll keine Trivial- und Elementarschule, sondern nur eine echte Volksschule wollen, die nicht nur bildet, sondern auch erzieht. (Lebhafter Beifall.)

Nachdem noch Lehrer Leidesdorff aus Wien sich gegen den jetzigen Stand der Volksschule erklärt, wird die Resolution: „die Schule leistet gegenwärtig nicht das, was sie leisten soll“ einstimmig angenommen.

Unter den Rednern, welche sich über die zweckentsprechende Reorganisirung der Volksschule äußerten, wurde die Rede des Lehrers Bündsdorfer aus Wien am beßtesten aufgenommen. Redner protestierte gegen jede confessionelle Bevormundung. Nicht Katholiken, Protestanten oder Juden, sondern religiös sittliche Menschen sollen in der Schule erzogen werden. Er negirte, daß dem Clerus irgend ein logisches Recht zur Beaufsichtigung der Schule zustehe, unterzog die Lehrerbildungsanstalten einer herben Kritik, die kurze Präsenzzeit, während welcher die Kinder die Schule besuchen, und präcierte seine Anschauungen über den Stand der Sache schließlich nach folgendem Programme:

1. Beaufsichtigung und Leitung der Schule durch intelligente Volksschulmänner.

2. Rechtlicher Schutz der Lehrer durch gesetzliche Bestimmungen über Anstellung, Entlassung und Disziplinarbehandlung.

3. Verbesserung ihrer materiellen Lage durch Fixierung von Minimalgehalten und Bestimmung eines Vorrückungs- und Pensionsgesetzes.

4. Berufung der Lehrer zu den officiellen Lehrerconferenzen.

5. Freigabe der Wahl der Unterrichtsmethode.

6. Schulpräsenz der Schüler vom 6. bis 14. Jahre und Einführung des Jahrgangsystems, und als Corollar zu diesen Anträgen:

a. Reorganisirung der Lehrerbildungsanstalten;
b. Errichtung von solchen Anstalten zur Fortbildung für ausübende Schulmänner.

In der Discussion der Frage über die gegenwärtige Verfassung der Volksschule wurden manche wunde Stellen aufgedeckt, mancher beachtenswerthe Impuls zu ihrer Heilung gegeben; nebenher aber auch hyperkritische Beschwerden und landläufige Klagen in ziemlich starker Dosis verbraucht. Einen verhältnismäßig bedeutsamen Eindruck brachte die Rede des Lehrers Pape aus Bielitz hervor, deren Reflex zahlreiche Acclamationen bildeten. Die übrigen Redner forderten minder Originelles zu Tage.

Die nun eingetretene Pause wird durch die Vorlesung von eingelangten Glückwunschkreisen ausgefüllt.

Bei der Wiedereröffnung der Sitzung erscheint unter dreimaligem Hochruf der Statthalter Graf Chorinsky auf der Rednerbühne und hält folgende Ansprache an die Versammlung:

„Geehrte Herren!

Ich begrüße Sie im Namen der Regierung und heiße Sie willkommen, mit der Versicherung, daß die selbe den Berathungen des Lehrertages mit voller Aufmerksamkeit folgen und die gemeinsam angestrebten Zwecke möglichst unterstützen werde.“

(Lebhaftes Bravo.)

Nunmehr erfolgt die Fortsetzung der Debatte.

Leidesdorfer aus Wien will die Präzisirung der Principien des Volksschulunterrichtes. Muth müsse zunächst der Lehrer besitzen gegen jene Elemente, welche seinem Wirken hemmend entgegentreten.

Eine zweite Forderung sei die Emancipation der Schule von der Kirche. Ebenso müsse der Formenzwang der Confessionen fallen. Auch müsse er sich aussprechen für die Aufhebung des Schulgeldes und die Erhebung einer Schulsteuer. Die Schule müsse endlich das nationale Element in gebührender Weise zur Geltung bringen. Redner beantragt zum Schluß eine Dankadresse an den Gemeinderath, ferner eine Adresse an das Abgeordnetenhaus um Trennung der Kirche von der Schule und endlich die Bildung von Erziehvereinen.

Dr. Gößl will die Regelung der confessionellen Verhältnisse an Schulen, an welchen Kinder verschiedener Confessionen unterrichtet werden, durch ein Comité berathen wissen, welches dem nächsten Lehrertage Vorschläge zu erstatte hat.

Director Ziepinsky aus Säybusch verlangt die Regelung der Sprachenfrage an den Volksschulen.

Director Köhler aus Wien beleuchtet in scharfer Weise die Krebschäden der Volksschulen und bringt endlich ein dreimaliges Hoch auf den Kaiser Joseph II. aus, dessen Lehren jetzt erst Geltung sich verschaffen. Die Versammlung stimmt in die Hochrufe ein.

Herr Deinhart beantragt die Abschaffung des Schulbücherzwanges und die Schulpflichtigkeit vom 7ten bis 14. Lebensjahre.

Die bedeutendste Rede, welche das Verhandlungsthema am schärfsten accentuirte, ist jene des Lehrers Pape. Wir wünschen, ruft dieser Redner mit Emphase, daß die Schule in Österreich principiell das nicht ist, was sie gegenwärtig ist. Der Lehrer kann unter solchen Verhältnissen wenig leisten, weil er in Privatlectionen seine beste Kraft vergeudet, er kann sich nicht am Vereinsleben betheiligen, weil ihm das Geld fehlt, die paar Meilen nach der Hauptstadt zu reisen, er kann nicht an seiner Bildung arbeiten, weil er mit Banden des crassifesten Materialismus an der Scholle haftet, und selbst nach außen hin spielt er eine klägliche Rolle, denn mancher taxirt den Mann nach dem schäbigen Rocke, den er trägt.

Redner spricht sich gegen die Absicht aus, den Lehrer zum Staatsbeamten zu stempeln. In Preußen seien auf solche Art aus den Schulmännern Schulgendarmen geworden, welche die Wahlen beinflussten. Auch nicht unter den Gemeindebediensteten ist für den Lehrer der rechte Platz, denn die Communen geizen nur allzu oft dort, wo sie es nicht sollen. Eine dritte Allianz ist jene der Schule mit der Kirche. Die Kirche habe ein Recht, Anteil an den Interessen der Schule zu nehmen, aber warnen müsse man vor den orthodoxen Anhängern des Protestantismus nicht minder wie vor den Verfechtern der Enchylia und des Syllabus.

„Sagen Sie diesen Herren“, ruft der Redner aus, „daß die Theologie nicht mehr an der Spitze der Bildung steht seit Erfindung der Buchdruckerkunst; sagen Sie ihnen, daß Sie keine Unterstützung wollen, die Sie zurückführt zu den Fleischköpfen Aegyptens, aber auch zur alten Knechtschaft, daß Sie lieber vierzig Jahre in der Wüste wandern. Rufen Sie die Presse zu Hülfe, sie wird Ihr Wort einlösen. Sagen Sie den Staatsbehörden, daß das Blut der Landeskinder fruchtlos auf den Schlachtfeldern verspritzt werden wird, wenn man nicht als General die Volksschule an die Spitze stellt! (Tumultuarischer Lärm.) Mag es auch von einer Seite heißen: „gerichtet“, der Erfolg wird sagen: „gerettet“. Gereitet die Freiheit, die Würde, die Zukunft!“

Director Singer aus Prag, der letzte Redner, variiert das alte Thema von der dürfstigen Stellung der Lehrer.

Hiermit ist die erste Hauptversammlung geschlossen. Der Herr Statthalter wohnte der Sitzung bis zum Schluß bei.

Münzvertrag zwischen Österreich und Frankreich.

(Schluß.)

„Wiewohl in Betreff der Silbermünzen zwischen Österreich und Frankreich vorherhand eine Gemeinsamkeit nicht beschlossen, sondern einer künftigen Vereinbarung vorbehalten worden ist, so sind beide Staaten doch schon jetzt übereingekommen, daß die in dem Münzvertrage vom 23. December 1865 aufgestellten Grundätze: daß diese Münzen $\frac{835}{1000}$ sein, in keiner größeren Menge als 6 Fr. für den Kopf der Bevölkerung ausgegeben werden und niemand zu ihrer Annahme in größeren Beträgen als 50 Fr. gesetzlich verpflichtet werden solle, auch für Österreich gelten werden. Auch erklärte Österreich: so lange Frankreich sein courantes Fünffrancstück beibehalte, nicht ein Zweiguldenstück als Scheidemünze prägen zu lassen.“

Zur Sicherung der Integrität des gemeinsamen Münzsystems versprechen beide Regierungen fortan die Nachahmung, Verfälschung oder Aenderung (contrefaçon, altération et coloration) der Münzen, denen sie die Annahme bei ihren Cassen gestatten, ohne Rücksicht auf den Staat der Erzeugung, gleich zu bestrafen, und einigen sie sich über folgende Controlemaßregeln: Die Jahreszahl der Prägung wird auf den Gold- wie auf den Silbermünzen angegeben, nur die Marien-Theresien-Thaler bewahren ihre herkömmliche Jahreszahl 1780. Die Münzen werden nach Gewicht und Feingehalt so genau als möglich ausgeprägt, ein Abzug wegen der Kosten der Ausmünzung (Schlagschätz) ist nicht gestattet. Das Kilogramm und seine Unterabtheilungen dienen als Münzgewicht. Von den gemeinsamen Münzsorten werden Musterungen (étalons, dénaraux) in dem französischen Reichsarchiv hinterlegt und Copien derselben Österreich, wenn es dies wünschen sollte, von der französischen Münzcommission ausgefolgt werden. Sogleich nach der Ratification des Präliminarvertrages wird eine technische Commission zusammenentreten, um gemeinsame Regeln und ein gemeinsames Verfahren für die Erzeugung und die Prüfung der gemeinsamen Münzen zu vereinbaren. Keine der als gemeinsam erklärt Münzen wird von dem Staat, der sie ausgegeben, außer Umlauf gesetzt oder in ihrem Werth vermindert werden, ohne daß zu ihrer Einlösung wenigstens die Frist eines Jahres eingeräumt wird.“

Die Regierungen werden sich jährlich die Menge der von ihnen ausgegebenen neuen und der eingezogenen alten Gold- und Silbermünzen und alle auf das Münz- wesen bezüglichen Gesetze, Verordnungen und sonstigen Bekanntmachungen mittheilen, und sich überdies von allen Thatsachen benachrichtigen, welche auf den Umlauf ihrer Gold- und Silbermünzen von Einfluß sein könnten.

Die erste und die letzte dieser Bestimmungen sind dem Vertrag vom 23. December 1865 entnommen, alle anderen beruhen, wenn auch nicht dem Wortlaut, so doch dem Sinne nach auf den Bestimmungen des österreichisch-deutschen Münzvertrages vom 24. Jänner 1857, aus dem bekanntlich Österreich am 13. Juni 1867 ausgeschieden ist . . .“

Unter den im Vertrage vom 24. Jänner 1857 enthaltenen Controlemaßregeln ist jedoch eine, die man im Präliminarvertrage vermißt, nämlich die Verpflichtung jedes Staates, die von ihm ausgegebenen, bei seinen Cassen einschließenden gemeinsamen Münzen, die unter der Toleranzgrenze befunden würden, nicht wieder auszugeben, sondern umzuprägen. Jeder Staat, der in die Münzeinigung mit Frankreich eintritt, hat Ursache auf eine Bestimmung solcher Art besonderes Gewicht zu legen, denn einige Münzen Frankreichs circulieren bereits mehr als 60 Jahre, ohne einer Umprägung unterzogen worden zu sein, und der Bestand der Doppelwährung hat bewirkt, daß die meisten vollwichtigen Münzen Frankreichs in den Schmelztiegel gewandert sind, daher die Zahl der unvollwichtigen Münzen eine unverhältnismäßig größere als in anderen Staaten ist.

Eine andere Frage wäre: ob der Verlust, welcher durch die Einziehung der nicht vollwichtigen Münzen besteht, von dem Staat selbst getragen oder ihm gestattet werden solle, dem Ueberbringer der Münzen einen entsprechenden Abzug zu machen, und ebenso verdient Erwägung, ob nicht die ganze Maßregel durch die Anordnung ersezt werden könnte, daß nach Ablauf einer bestimmten Periode alle vor Beginn derselben geprägten Münzen einberufen werden. Der österreichische Bevollmächtigte hat vorbehalseen, daß diese Verhältnisse bei Abschluß des definitiven Vertrages geregelt werden.

Der Präliminarvertrag schließt mit der gegenseitigen Zusage: mit jedem Staat über dessen Beitritt zur Münzeinigung in Verhandlung treten zu wollen, der die Goldwährung mit Münzen von 5 Francs oder Vielfachem derselben als Grundlage und die oben dargestellten Maßregeln zur Sicherheit der Integrität des Münzsystems annimmt, und mit der Erklärung, daß der Abzug der übernommenen Verpflichtungen von der Zustimmung der berechtigten gesetzgebenden Körper beider Staaten abhängig sei. Auch die Ratification des Präliminarvertrags durch die beiden Kaiser ist bedungen: jedoch wurde in dem letzten der Verhandlungsprotokolle ausgesprochen, daß die Ratification nur für den Fall vorbehalten sei, daß der Abschluß des definitiven Vertrags sich längere Zeit hinausziehen sollte.“

Wie der Verfasser jedoch vermutet, werden die Verhandlungen über den letztern bereits Ende Octobers oder Anfang Novembers d. J. erfolgen.

Österreich.

Wien. (Über das Besinden der Kaiserin Charlotte) ist eine Wiener Correspondenz in der erfreulichen Lage, besonders gute Nachrichten zu melden. Der Zustand der hohen Frau hat sich seit der Anwesenheit in ihrer Heimat zusehends und in einer alle Hoffnungen weit überflüssig gelnden Weise gebessert; bis jetzt ist auch kein einziger Fall einer Geistesstörung eingetreten und auch das körperliche Besinden der Kaiserin bessert sich in erfreulicher Weise. Sie nimmt bereits ihre regelmäßigen täglichen Mahlzeiten ein und verlangt sogar außer der gewöhnlichen Zeit wiederholt Erfrischungen. Man gibt sich in ärztlichen Kreisen der Hoffnung hin — und wenn kein Rückfall eintritt, dürfte dieselbe gegründet sein — daß die Kaiserin in nicht sehr langer Zeit vollkommen geheilt werden dürfte.

— (Cholera.) Wie die „Wr. Abdpst.“ vernimmt, ist die Statthalterei in Zara in der Lage, der Wiener Statthalterei beruhigende Nachrichten über den Stand der Cholera zu geben. Im Kreise Ragusa ist seit dem 24. August kein neuer Cholerafall mehr vorgekommen; seit dem 28. August ist überhaupt dort kein Cholerafall mehr. Im Kreise Cattaro hat sich vom 29. v. M. bis 4. d. M. keine neue Erkrankung ergeben; vom 2. bis 5. wurden in Perzago 5 Fälle gemeldet, wovon 2 einen tödlichen Ausgang nahmen; in Muggia 4, in Grivonice 9 Fälle vor, wovon je 2 mit dem Tode endigten. Im ganzen Kreise sind unter dem Civile 30, unter dem Militär nur mehr 3 Cholerafälle in Behandlung. In Montenegro geht die Epidemie ihrem Ende zu.

Ausland.

Berlin. 6. September. (Wahlresultate. — Hofnachricht.) Von 297 Wahlkreisen sind 266 Wahlen inclusive der Doppelwahlen bekannt. Das Parteiverhältnis ist folgendes: Conservative 105, Ultraliberale 16, Nationalliberale 74, Fortschrittmänner 42, Particularisten 13, Clericale 5, Polen 10 und ein Däne. — Die „Zeidler'sche Correspondenz“ vernimmt, daß eine

Begegnung der Königin-Witwe mit Ihrer kaiserlichen Hoheit der Frau Erzherzogin Sophie in Stolzenfels wahrscheinlich sei.

Florenz. 2. Sept. (Garibaldi und Rom.) Im Widerspruch zu den telegraphischen und sonstigen Meldungen, die Garibaldi zum Friedenscongresse nach Genf abgereist sein lassen, behauptet ein Correspondent des „J. des Debats“, daß er noch immer an der römischen Grenze weile und dort von Dorf zu Dorf gehe, während seine in der Umgebung befindlichen Leute nur des Signals zum Loschlagen harren. Trotzdem hält der Correspondent den Ausbruch einer Bewegung für sehr unwahrscheinlich. Er schreibt: „Thatsächlich findet Garibaldi nur sehr wenig Unterstützung. Die römische Bevölkerung scheint nicht die allergeringste Lust zu haben, aufzustehen, und in Italien sind ihm die gemäßigste Partei und sogar derjenige Theil der Linken, der eine Regierungspartei sein will, durchaus feindlich und tadeln laut sein Auftreten. Es ist gewiß, daß der Versuch, den er machen will, wenig Aussichten auf Erfolg hat und große Verlegenheiten bereiten kann. Aber Garibaldi und die Partei, deren Anführer er ist, haben eine ganz besondere Weise, die Dinge zu betrachten. Sie beunruhigen sich nicht über die unmittelbaren Folgen ihrer Handlungen. Sie gehen vorwärts mit dem Gedanken, daß sie, ob Sieger oder Besiegte, den Sieg ihrer Sache sichern. In Ermangelung des Erfolges haben sie das Märtyrerthum. Die gewöhnlichen Details der Politik beunruhigen sie wenig und wenn man ihnen sagt, daß sie den Erfolg einer Finanzoperation in Frage stellen, so zucken sie mitleidig die Achseln. Garibaldi selbst ist von einem ähnlichen Gedanken beseelt. Er will unter den Mauern Roms sterben. Er glaubt, daß, wenn er von der Kugel eines Zuaven getroffen hinsinkt, der Schuß, der ihn tödt hinstreckt, der weltlichen Macht den Todesstoß beibringt und die Vollendung der italienischen Einheit sichert. Auf diesen Gesichtspunkt muß man sich stellen, um das jetzige Auftreten Garibaldi's und den Eigensinn zu begreifen, mit dem er eine Unternehmung verfolgt, deren Erfolg mit der geringen Unterstützung, die er in Rom und Italien findet, unmöglich scheint.

London. 6. September. (Die abhessischen Gefangenen.) Der englische Generalconsul in Alexandria telegraphirt dem auswärtigen Amte hier, daß über die Freilassung der abhessischen Gefangenen dort gestern nichts bekannt war.

Kopenhagen. 5. September. (Der Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel), geboren im Jahre 1787, Vater der Königin von Dänemark, ist hente Nachmittags um 4½ Uhr gestorben. Landgraf Friedrich Wilhelm, Sohn des Landgrafen Friedrich von Hessen-Kuppenheim (Bruders des Kurfürsten Wilhelm I. von Hessen-Kassel) war den 24. December 1787 geboren, trat früh in preußische Dienste, machte die Feldzüge von 1806, 1813 und 1814 mit, war eine Zeitlang Gouverneur der Festung Luxemburg, kurfürstlich hessischer General der Infanterie, Chef des kurhess. 2. Infanterieregiments, General en suite der dänischen Armee, und vermählt mit der (28. März 1864 gestorbenen) Prinzessin Louise Charlotte von Dänemark. Seine Kinder sind die verwitwete Prinzessin Marie zu Anhalt-Dessau, die Königin von Dänemark, Prinz Friedrich und Prinzessin Auguste, Gemahlin des Barons Blixen-Fineke.

St. Petersburg. 6. September. (Der „Russische Invalid“) bespricht in einem Artikel den Aufstand in Bulgarien und sagt: Um den Bulgaren die Freiheit zu erringen, müssen alle südslavischen Völker für Bulgarien Partei ergreifen.

Constantinopel. 6. September. (Allianzen.) — Der Vicekönig von Egypten. — (Hoher Besuch.) Das Journal „La Turquie“ stellt die Behauptung des „Levant-Herald“ in Abrede, daß der Vertrag von Unkar Skeleffi, welcher eine russisch-türkische Allianz bedinge, wieder in Kraft gesetzt wurde, und fügt hinzu, die Regierung des Sultans ziehe den Allianzen auf gegenseitiges fortduerndes Wohlwollen begründete Beziehungen vor, wie sie gegenwärtig zwischen der Pforte und Russland, sowie den anderen Mächten bestehen. — Der „Levant-Herald“ meldet, daß die Equipage des Vicekönigs von Egypten nach Alexandrien abgegangen ist, daß er selbst aber bis zum 20. September in Constantinopel verbleiben werde. — Demselben Blatte zufolge werde der Großfürst Michael des Sultans nach Constantinopel kommen.

Mexico. (Khevenhüller. Der Leichnam des Kaisers.) Die Picahune von New Orleans schreibt unter dem 13. August: „Der österreichische Oberst Graf Khevenhüller, der ein Regiment Husaren in der „Elisabeth“ in Begleitung von 200 Mann seiner Soldaten von Vera-Cruz eingetroffen. Er befand sich in der Hauptstadt zur Zeit der Übergabe derselben und blieb daselbst bis zur Ankunft Juarez. Da er bei diesem nur ein unersättliches, von keinem anderen Menschenfleisch gemildertes Verlangen nach Rache fand, sammelte er 200 von seinen Leuten um sich und marschierte, kein Hinderniß beachtend, der Küste zu. Er gelangte in fünf Tagen nach Vera-Cruz und vollführte so den schnellsten Marsch, der zwischen diesem Hafen und Mexico je zu Fuß gemacht wurde. Er versichert, daß die Leiche Maximilians sich noch immer in der Kirche

von Queretaro, wo sie nach der Execution beigesetzt worden ist, befindet. Der Körper ruht in einem doppelten Sarge aus Zink, ist jedoch, weil schlecht einbalzamirt, in Zersetzung begriffen. Die Reste des Kaisers sind niemals dem preußischen Gesandten übergeben worden und es hat sich die Regierung auch Niemandem gegenüber zu einer Auslieferung verpflichtet. Man glaubt allgemein, daß die mexicanische Regierung nur abwartet, bis sich die durch die Execution vom 19. Juni im Auslande hervorgerufene Aufregung lege und somit jede Gefahr für sie verschwinde, um ein Lösegeld für die Auslieferung der Leiche ihres Opfers zu begehrn.“

Levantepost. Der Lloydampfer „Erzherzogin Charlotte“ brachte der „Tr. Btg.“ die Levantepost mit Nachrichten bis zum 30. v. M. In Athen ist ein Telegramm aus Constantinopel eingetroffen, welches meldet, daß der französische und der italienische Gesandte Befehl erhielten, von der Pforte die umittelbare Absehung der internationalen Commission und die Einstellung der Feindseligkeiten mit Entschiedenheit zu verlangen. (Ein Telegramm des griechischen Gesandten in Florenz vom 26. v. M. an die griechische Regierung bestätigt, daß die französische und italienische Regierung gleich nach der Rückkehr Kaiser Napoleons von Salzburg Ordres in diesem Sinne ertheilt haben.) — Das Insurrections-comité von Temenos und Malavision berichtet dem griechischen Viceconsul, daß am 24. August ein türkischer Dampfer sich unter französischer Flagge dem Ufer näherte und den daselbst wartenden Familien durch Signale das Zeichen zur Einschiffung gab. Kaum aber hatten sich die Unglücklichen genähert, so wurden sie mit einem Hagel von Geschossen überschüttet, der unter ihnen ein Blutbad anrichtete, worauf der Dampfer die türkische Flagge statt der französischen hielt. — Ein Schreiben aus Canea vom 20. v. M. im „Impartial de Smyrne“ bestätigt den Tod Dilaver Bey's (des preußischen Obersten Geßler). Er erlag der Dysenterie, nachdem er von einem vergifteten Wasser getrunken, und zwar am Tage bevor seine Ernennung zum Pascha eingetrof. Der französische und der russische Admiral erhielten Befehl, den Transport von kretischen Familien vorläufig einzustellen und in den kretischen Gewässern weitere Ordres abzuwarten. Ein österreichischer Kriegsdampfer ist mit 950 kretischen Flüchtlingen im Piräus eingetroffen und am folgenden Tage wieder abgefahren.

Gagesneigkeiten.

(Auszeichnung.) Se. k. k. apostolische Majestät haben mit allerhöchstem Cabinettschreiben vom 1. September d. J. dem Gesandtschaftsattaché Dr. Ernst Schmitt Ritter v. Tavera in Anerkennung seines in treuer Anhänglichkeit und Pflichterfüllung betätigten Muthes das Ritterkreuz des österr. kaiserlichen Leopold-Ordens tapfer allergnädig zu verleihen geruht.

(Spenden.) Se. Excellenz der Herr Erzbischof Haynald von Kalocsa hat zur Vermehrung des Fonden der ungarischen Akademie der Wissenschaften eine Gründungsobligation von 10.000 fl. gespendet. — Herr Joh. Ritter v. Liebig hat dem Arbeiterbildungsvereine in Reichenberg den Betrag von 5000 fl., d. i. die Hälfte des ihm in der Pariser Weltausstellung zu Theil gewordenen großen napoleonischen Preises, zum Geschenke gemacht.

(Das Archiv von Miramare.) Das Archiv, welches von weiland Kaiser Max, als er noch Erzherzog von Österreich war, in seinem Lieblingsaufenthalt, dem Schloß Miramare angelegt wurde und das reiche Schäze enthält, wie es bei dem hohen Kunstsinne und der wissenschaftlichen Bildung des Verewigten nicht anders gedacht werden konnte, ist an das k. k. Obersthofmarschallamt übergeben und von dem Grafen Franz von Kueßstein übernommen worden. Unter anderem soll dieses Archiv nebst den auf die mexicanische Expedition Bezug nehmenden Documenten auch die sämtlichen Abschriften der zwischen dem Kaiser Max und dem Kaiser Louis Napoleon geführten Correspondenz enthalten.

(Piraterie auf der Donau.) Als am 3ten August das Gilboot „Franz Joseph“ donauauwärts bei dem walachischen Orte Pilet an einem die walachische Flagge führenden Segelschiffe vorüberfuhr, fiel ein Schuß aus diesem Schiffe auf das Gilboot. Die Ladung traf einen Passagier (österreichischer Unterthan), welcher 17 Schrotlörner in den Rücken erhielt. Der Capitän des Dampfers, Herr Max de Ley, liß sogleich die Maschine „stoppen“, sandte seinen Second, Disderio Radanyi, mit drei Matrosen an Bord des walachischen Schiffes, ließ dessen Mannschaft arretieren und das Schiff selbst in's Schlepptau nehmen. In Pilet wurde das Schiff unter Sequester gestellt, der Mann, welcher den Schuß abgeseuert, in Thurn-Severin der Behörde überliefert; der verwundete Passagier, ein Galaczer Kaufmann, der ärztlichen Behandlung übergeben.

(Räuber.) Die „Marb. Btg.“ schreibt: Am 23. August vor Mitternacht überfielen sechs Räuber das einsame Gehöft des Grundbesitzers Blasius Walcher in Ober-Walz. Alle waren vermummt, mit Pistolen und Messern bewaffnet. Walchers Knechte wurden durch Schüsse abgeschreckt, zu Hilfe zu eilen; Walcher selbst erhielt mit einer Pistole einen Schlag auf den Kopf, worauf er betäubt zu Boden stürzte. Als er wieder zur Besinnung kam, waren die Räuber verschwunden. 12 Ducaten, 20 Thaler, 200 fl. Banknoten und eine Uhr hatten sie mitgenommen.

(Cholera.) In Triest vom 4. bis 5. v. M. 4 Erkrankungen in den Vorstädten, 2 genasen, 2 starben, 15 in Behandlung. Vom 5. bis 6. d. ebendort 1 Erkrankung in

der Stadt, 5 in den Vorstädten, 1 im Territorium, 4 starben, 18 in Behandlung.

— (Der Congres zur Hilfeleistung für verwundete Krieger), welchen die zu solchem Zwecke constituirte internationale Gesellschaft im Laufe der vorigen Woche in Paris abhielt, war von Delegirten der meisten europäischen Staaten besucht. Den Vorit führte abwechselnd Graf Sérurier und Herr Moynier, der letztere nächst Henry Dunant der renommierte Mitbegründer der Genfer Convention. Frankreich hatte nicht weniger als ein ganzes Dutzend Vertreter, Italien hatte deren acht, die Türkei einen, Preußen zwei, Österreich war durch Baron Dr. Mundy und Dr. W. Schlesinger aus Wien vertreten. Die Conferenzen nahmen volle sechs Tage in Anspruch und brachten ein außerordentlich reiches Material von ärztlichen, statistischen, militärischen Beobachtungen und Erfahrungen. Zunächst wurden die neuen Umarbeitungen und Abänderungen der Genfer Convention discutirt und fast alle Fragen im Sinne des Fortschrittes und der Humanität erlebt. Als Ort für die nächstjährige internationale Conferenz wurde Berlin angenommen. Der Hauptstift des internationalen Comités bleibt auch ferner in Genf. Ihm soll jedoch in Paris ein Subcomité zur Seite stehen. Um letzten Tage wurden die Preise proclamirt: Preise für die Aussteller und moralische Auszeichnungen für Personen, die sich um die Sache der Gesellschaft verdient gemacht haben. Die Kaiserinnen von Frankreich und Österreich, die Königin von Preußen, die Großherzogin von Baden und mehrere andere gelöste Frauen erhielten die goldene Medaille, welche auch in Preußen u. a. dem Geheimrat Langenbeck, in der Schweiz dem Herrn Henry Dunant, in Österreich dem Erzherzog Albrecht, der Fürstin Metternich, den Freiherren v. Tinti und v. Mundy zu Theil wurde. Die silberne Medaille erhielten u. a. Generalarzt Voßler und B. de Luet in Preußen, die Doctoren Schlesinger und Geßner in Österreich und Dr. Appia in Genf, die bronzene Abdulah-Bey für einen von ihm producirten Kämmelapparatus.

— (Natürliche Seide.) Ein Herr Hellier aus Grahamstown hat in der Nähe dieser Stadt eine natürliche Seide entdeckt. Es ist nach seiner Angabe das Erzeugniß von einem Wurme, welcher sich von dem Mimosa-Dorn daselbst ernährt und der dort ganz gewöhnlich und allgemein überall da ist, wo diese Mimosa vorkommt. Die Cocons sind ungefähr dreimal so groß und schwer, wie die des gewöhnlichen Seidenwurmes. Hwar hat der Faben daraus nicht jenen besonderen Glanz des letzteren, dagegen ist er ganz eben so stark und fein, wie der von der Maulbeerseide. Herr Hellier hat bereits Garn daraus gesponnen, und er findet, daß dasselbe ungemein stark ist. Er hält jene Seide für einen höchst wertvollen Artikel, der noch dazu im Caplande massenhaft anzutreffen ist.

Locales.

— (Unfall.) Samstag Mittag fuhr durch die Polona zur Stadt ein einspänniges Wagerl mit drei Insassen. Das Pferd wurde plötzlich in der Nähe des Schulgebäudes scheu und raste durch die schmale Passage zwischen der Häuserreihe und den aufgestellten Verkaufständen auf dem Trottoir gegen das Rathaus dahin, glücklicherweise ohne besonderes Unheil anzurichten. Während der Fahrt sprangen die zwei fahrenden Herren vom Wagen, wobei der eine einen ziemlich unsanften Fall machte. Beim Rathause stürzte das Pferd zusammen und der Wagen um, wobei der Fuhrmann unter letzteren geriet und einige nicht unbedeutende Verletzungen erlitt.

** (Feuer.) Gestern früh 7 Uhr signalisierte zwei Schüsse vom Schloßberg ein Schadensfeuer. Es brannte jedoch nicht, wie den zwei Schüssen nach zu erwarten, in einer Vorstadt, sondern in dem eine halbe Stunde entfernten Dorfe Selo. Das Wirtschaftsgebäude des Realitätenbesitzers Ahn, unmittelbar neben dem Hengstendepot, mit allen darin enthaltenen Borräthen brannte bis auf den Grund nieder; auch das Wohngebäude drohte bereits ein Opfer der Flammen zu werden, als die herbeigeeilten städtischen Spritzen noch rechtzeitige Hilfe brachten. — Abends bald nach 8 Uhr wurde nochmals Feuer signalisiert. Ein nicht im besten Geruche gestandenes Wirthshaus in Udmath brannte nebst Nebengebäude nieder. Einen prächtigen Anblick gewährte auf kurze Zeit der durch die lodernenden Flammen taghell beleuchtete Schloßberg. Wir wollen zugleich noch bemerken, daß der Signalschuß erst fiel, nachdem bereits seit längerer Zeit von St. Peter aus Feuer geläutet war.

— (Brand.) Am 29. August 1. J. brach um 7 Uhr beim Grundbesitzer Josef Polajner in Potoč Nr. 15, Bezirk Kraiburg, Feuer aus, wobei das Wohngebäude nebst den Getreidevorräthen verbrannte. Ein weiterer Schade hat sich nicht ergeben, die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt.

— (Aus Villach.) 4. September, wird der „Klaf. Btg.“ geschrieben: Freiberg v. Wällerstorff ist gestern mit Frau Gemalin und Fräulein Nichte von Salzburg angelommen und seithe heute seine Reise nach Wien per Bahn fort. Er benützte den kurzen Aufenthalt hier, um einen Ausflug nach dem reizend gelegenen Maria Gail, dann nach Landsberg bei St. Ruprecht, machte später einen Besuch dem Herrn Bürgermeister und empfing dann die Aufwartung desselben der Deputation in der Angelegenheit der Rudolfsbahn bereits von Wien aus bekannt waren. Herr v. Wällerstorff war sichtlich erfreut über die Aufmerksamkeit dieser Herren, conversirte sehr lange mit ihnen, und betonte im Laufe des

Gesprächs wiederholt die große Zukunft der Stadt, wie sie wenige Städte der Monarchie zu gewährten hätten, nach seiner Ansicht ist die Bahn Villach-Udine nicht zweifelhaft, jene über den Predil nur eine Frage der Zeit oder vielmehr eine Geldfrage, und selbst für das neueste Project Villach-Laibach — welchem er eine große Wichtigkeit beilegt — hat er die besten Hoffnungen.

Neueste Post.

Wien, 7. Sept. (Deb.) Heute Mittags hat die Reichsrath-deputation Sitzung gehalten und aus den Händen ihres Präsidenten Cardinal Rauscher die Rückantwort entgegenommen, welche die ungarische Deputation auf die diesseitigen Gegenbemerkungen zu ihrem ersten Vorschlag erlassen hat. Diese Rückantwort ist ein sehr umfangreiches Altenstück; sie widerlegt in ausführlicher Weise und Satz für Satz die Argumentation, mit welcher man von Seite der Reichsrath-deputation dem ungarischen Vorschlag entgegengetreten ist. Wie wir hören, spricht sie sich auch dahin aus, daß nicht die direkten Steuern, wie dies die Reichsrath-deputation formalirte, sondern die Brutto-Einnahmen aus den direkten und indirekten Steuern einen Maßstab für die Leistungsfähigkeit und für die Berechnung der Beitragsquoten der beiden Reichshälfte bieten können. Der größte Theil der Sitzung wurde mit der Verleugnung der ungarischen Rückantwort ausgefüllt. Letztere wurde hierauf geschäftsordnungsmäßig dem schon früher eingesetzten Subcomité zur Berichterstattung überwiesen. Reichsfanzler Baron Beust wohnte dieser Sitzung der Reichsrath-deputation bei und soll, wie wir hören, interessante Mittheilungen über die zwischen den beiderseitigen Ministerien obschwebenden Verhandlungen gemacht haben.

Ein Wiener Correspondent schreibt der „Debatt“: Ein angebliches Pariser Telegramm meldete dieser Tage, die Pforte habe die in der letzten identischen Note der Mächte in Betreff Kretas ertheilten Rathschläge definitiv abgelehnt. Das ist keineswegs geschehen. Vielmehr hat sich die Pforte bereit erklärt, nun, wo der Kampf auf Kreta beendet ist, die Vorschläge der Mächte, soweit dies möglich, ohne auf unzweifelhafte Souveränitätsrechte des Sultans zu verzichten, zu berücksichtigen. Ebenso unbedingt ist die anderweitige Nachricht, der Czar habe an den Sultan brieflich die Forderung der Suspension der Feindseligkeiten auf Kreta gerichtet. Abgesehen von allem Uebrigen wäre eine solche Forderung im Augenblicke schon gegenstandslos geworden.“

Telegramme.

Wien, 7. September. „Magyarorszag“ meldet: Die Modificationscommission des ungarischen Landtages nimmt ihre Arbeiten am 16. September auf.

Berlin, 6. September. Am k. Hofe werden beschleunigte und großartige Vorbereitungen zum Empfange des Kaisers Napoleon getroffen, dessen Ankunft hier sehr bald erwartet wird.

Berlin, 7. September. Die Morgenblätter melden, dem Reichstage wird eine Vorlage behufs Regelung des Kriegsdienstes der seefahrenden Bevölkerung auf der Bundesflotte gemacht werden. — Prinz Friedrich Karl geht demnächst nach dem Königreiche Sachsen, um das sächsische (zwölftes) norddeutsche Bundes-Armee-corps zu inspicieren.

Berlin, 7. September. Die Nachricht, daß Preußen in Anschluß an die Circularnoten Österreichs und Frankreichs ein eminent friedliches Rundschreiben an seine auswärtigen Vertreter erlassen habe, wurde an der heutigen Börse vielfach besprochen und als glaubwürdig bezeichnet. Diese Nachricht nahm auf die Geschäfte einen günstigen Einfluß. — Die angebliche Ernennung des Herrn v. Quaade zum dänischen Conferenzbevollmächtigten wird von Kopenhagen aus dementirt. — Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Preußen soll seinen auswärtigen Vertretern durch eine Depesche vom 2. September von den Erklärungen Frankreichs und Österreichs über die Salzburger Zusammenkunft Kenntnis gegeben haben. — Salih Bey, Adjutant des Sultans, ist mit fünf arabischen Pferden, einem Geschenke des Sultans für den König, eingetroffen.

Börsenbericht. Wien, 6. September. Das Geschäft stagnierte. Die Course der Fonds und Actionen fest und kaum verändert. Devisen und Valuten billiger ausgeboten. Geld ziemlich flüssig.

Öffentliche Schuld.		Geld	Waare
A. des Staates (für 100 fl.)			
Geld Waare			
In d. W. zu 5% für 100 fl.	52.30	52.40	
In österr. Währung steuerfrei	58.50	58.60	
Steueranl. in d. W. v. 3.			
1864 zu 5% rückzahlbar	88.75	89.—	
Silber-Anlehen von 1864	74.—	75.—	
Silberanl. 1865 (Fres.) rückzahlb.			
in 37 Jahr. zu 5% 100 fl.	80.—	80.50	
Nat.-Anl. mit Jän.-Coupon zu 5%	66.50	66.60	
Metalliques	5	66.60	66.70
detto mit Mai-Coupl.	5	57.90	58.—
detto	4	49.25	49.50
Mit Verlos. v. 3. 1839	139.50	140.50	
" " " 1854	73.50	74.—	
" " " 1860 zu 500 fl.	84.80	85.—	
" " " 1860 " 100 "	89.25	89.75	
" " " 1864 " 100 "	76.70	76.80	
Como-Reutens. zu 42 L. aust.	18.50	19.—	
B. der Kronländer (für 100 fl.) Gr.-Entl.-Öffig.			
Niederösterreich	5	89.50	90.—
Oberösterreich	5	89.50	90.—

Berlin, 7. September. (Pr.) Der Bundesrat beabsichtigt die Einbringung einer Anleihe-Vorlage beim Reichstage zur Deckung der Militär- und Marine-Büro- und Büroräume Norddeutschlands.

Paris, 6. September, Abends. Staatsminister Rouher wird heute hier eintreffen. — Der Kaiser und die Kaiserin werden morgen nach Biarritz abreisen. — Das Journal „Situation“ veröffentlicht den Auszug aus einem Allianzvertrage zwischen Preußen und Österreich, welcher 12 Artikel umfaßt. Der Hauptgedanke besteht in einem gegenseitigen Compromiß, wodurch Preußen die ganze Freiheit der Action im Oriente Österreich zu überlassen verspricht und Österreich seinerseits der Entwicklung Preußens in Deutschland kein Hindernis zu bereiten zustimmen würde. — Österreich verlangte, daß Preußen die Unabhängigkeit und Souveränität der deutschen Fürsten respectire und die annectirten Gebiete, mit Ausnahme von Schleswig-Holstein, zurückgebe. Preußen soll blos die Diplomatie und die Streitmacht aller deutschen Staaten mit dem Rechte, Deutschland nach außen zu vertreten, behalten. Unter diesen Bedingungen würden alle süddeutschen Staaten dem Bunde beitreten und König Wilhelm als Kaiser von Deutschland anerkennen. Die „Situation“ fügt hinzu, daß der betreffende Vertragsentwurf kurze Zeit vor der Mission des Grafen Tufflirchen von dem Grafen Reck in Wien vorgelegt wurde.

Paris, 7. September. (Pr.) Der Kaiser reist heute Abends 5 Uhr nach Biarritz. Russland hat auf die Abhaltung einer förmlichen Enquête auf der Insel Kreta verzichtet, nachdem die Pforte die Gewährung einer beschränkten Autonomie an die Candioten zugesagt.

Madrid, 6. September. Ein königlicher Befehl fordert alle beurlaubten und pensionirten Officiere auf, sich vor dem 14. d. M. bei dem betreffenden Militärgouverneur zu melden.

London, 7. September. Ein Telegramm der „Times“ von ihrem Pariser Correspondenten meldet, daß General Prim, der sich noch unlängst in Valencia befand, Spanien verlassen habe und sich jetzt in Genf befindet.

Telegraphische Wechselcourse vom 7. September.

Spéc. Metalliques 57.90. — Spéc. Metalliques mit Mais und November-Zinsen 59.40. — Spéc. National-Anlehen 66.50. — Bank-aktionen 690. — Creditacien 183.50. — 1860er Staatsanlehen 84.90. — Silber 121. — London 123.65. — R. f. Ducaten 5.90.

Geschäfts-Zeitung.

Österreichisch-preußische Zollverhandlungen. Mit Rücksicht auf die von mehreren Wiener Blättern gebrachte Notiz, daß der preußische Finanzminister Herr v. d. Heydt den Baron Höch mit der Eröffnung übertraf habe: Preußen wolle den österreichischen Weinern den Zollzoll von $\frac{1}{2}$ Thalern gewähren, wird der „B. u. H. Z.“ aus Wien folgendes geschrieben: Durch alle Blätter läuft die Mitheilung, die österreichische Regierung sei vor einer amtlichen Eröffnung aus Berlin „überrascht“ worden, daß Preußen nunmehr bereit sei, auf Grundlage eines Zollzolls von $\frac{1}{2}$ Thalern für die österreichischen Weine die seither unterbrochenen Zollverhandlungen wieder aufzunehmen. Das Beifügen einzelner Blätter, daß Baron Höch, um diesseitig diese Verhandlungen zu führen, sofort telegraphisch aus Berlin zurückgerufen worden, bedarf wohl keiner Widerlegung, nachdem Baron Höch unangesezt den Berathungen der eiselnthäfischen Ausgleichsdeputation, deren Mitglied er ist, angewohnt hat; aber auch jene erste Meldung wird mir an competentester Stelle als gänzlich unbegründet bezeichnet. Allerdings glaubt man es als ein günstiges Omen betrachten zu müssen, daß Preußen seine Absicht, die eventuelle Wiederaufnahme der Verhandlungen im norddeutschen Bundesträthe zur Sprache zu bringen, in vorweg öffentlich angekündigt hat; aber schon das schlecht wohl aus, daß es vor einer Entscheidung im Bundesratte in der Sache einseitig vorgehen werde, ganz abgesehen davon, daß die frühere Schwierigkeit nach Abgabe der Begünstigungsklausel im preußisch-französischen Zollvertrage, diejenigen Concessionen ohne Gegenleistung auch an Frankreich gewähren zu müssen, gegen welche es vor dem Deutschen und anderen Concessionen einhandelt, nach wie vor, da Frankreich beharrlich jede Gegenleistung abweist, aufrecht steht. Österreich übrigens — das weiß man in Berlin — war bis zu dem Tage, wo seine Zollunterhändler nach Florenz abgingen, und ist seit dem Tage, wo dieselben zurückkehrten, jederzeit bereit, in die Verhandlungen wieder einzutreten, sobald Preußen ihnen diejenige Grundlage zu geben im Stande ist, welche man in Wien allerdings als unerlässlich bezeichnen zu müssen geglaubt hat. Zur Sache erfährt das genannte Blatt aus bündesträthlichen Kreisen: Die in Artikel 13 des Prager Friedens vorbehaltene Revision des

Handels- und Zollvertrages vom 11. April 1865 war bekanntlich schon im vorigen Winter angebaut worden; sie war aber schließlich ins Stocken gerathen, weil Österreich eine sehr bedeutende Ermäßigung der Weinölze verlangte, welche Preußen damals nicht glaubte zugestehen zu können. Sobald jetzt Preußen die Ermäßigung erhalten haben wird, unter Mitbeteiligung Sachsen und Bayerns die Unterhandlungen mit Österreich wieder aufzunehmen, werden jene Weinölze voraussichtlich wieder den Stein des Anstoßes bilden. Um nun einen Anhaltspunkt für das Maß möglicherweise zu Österreich zu machen, zugeschneide in Betreff dieses Streitpunktes zu haben, hat Preußen an alle Zollverein- regierungen das Ersuchen gerichtet, sich hierüber gutachlich zu äußern. Was Preußen allein nicht gewähren könnte, dürfte vielleicht der norddeutsche Bund zugesetzen.

Die Triester Versicherungsgesellschaft „Austria Assicuratrice“ liquidirt.

Die ungarische Eisenbahnleihe ist laut einer Mittheilung der „Deb“ als gesichert zu betrachten. Die Société générale habe bereits eine Caution von 2 Millionen Fr. erlegt und Herr von Lonyay bereits an die ungarische Hauptcasse die Weisung ergehen lassen, diesen Betrag entgegenzunehmen und zu quittieren. Es hat sich auch ein Beamter des genannten Pariser Institutes nach Pest begeben, um diese Angelegenheit vollständig in Ordnung zu bringen.

Ergebnisse. Der landwirthschaftliche Correspondent der „Indep. belge“ glaubt versichern zu können, daß in diesem Jahre nur Ungarn und Canada sich einer ganz ausnahmsweise ergiebigen Ernte zu erfreuen hätten, während viele andere Länder, namentlich die Donaumärkte, Polen, Bessarabien, Südrussland und Algerien durchaus keinen Anlaß zu besonderer Befriedigung hätten. In mehreren sonst vorzugsweise produzierenden Gegenden mache sich sogar die Notwendigkeit eines Importes geltend.

Laibach, 7. September. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 20 Wagen mit Getreide, 15 Wagen und 3 Schiffe (13 Klafter) mit Holz.

Durchschnitts-Preise.

	Mittl. fl.	Mittl. fr.	Mittl. fl.	Mittl. fr.	Mittl. fl.	Mittl. fr.
Weizen pr. Menge	5.40	5.87	Butter pr. Pfund	— 40		
Kori	3.10	3.20	Eier pr. Stück	— 14		
Gerste	2.60	2.94	Milch pr. Maß	— 10		
Hafer	1.50	1.84	Wurstfleisch pr. Pfund	— 21		
Halbschrot	—	4	Kalbsfleisch	— 22		
Heide	2.60	3.7	Schweinefleisch	— 22		
Hirse	2.60	3.7	Schweinefleisch	— 12		
Kulturz	—	3.60	Hähnchen pr. Stück	— 30		
Erdäpfel	1.40	—	Laubsen	— 13		
Linsen	4	—	Reis pr. Beutel	— 60		
Erbsen	4.60	—	Stroh	— 50		
Fijolen	4.50	—	Holz, hart, pr. Pfund	— 750		
Rindschmalz	42	—	weiches, "	— 5.50		
Schweineschmalz	44	—	Wein, rother, pr.			
Speck, frisch,	38	—	Eimer	— 12		
— geräuchert	49	—	weißer "	— 13		

Angekommene Fremde.

Am 6. September.

Stadt Wien. Die Herren: Se. kais. Hoheit Erzherzog Ernst, t. l. F. M., v. Rath, t. l. Oberst, und F. J. Fabrikbesitzer, von Graz. — Dehms, Kanzl., von Leipzig. — Dezman, von Triest. — Graf Kotulinsky, von Comienda St. Peter. — Ziegler, Gymnasialprof., von Freising. — Rothlauf, Dozent, von München. — Cazzano, Kaufm., von Triest. — Prodny, Fabricant, von Ratschach. — Die Frauen: Macovicz und Roeder, Private, von Graz.

Elephant. Die Herren: Ogrinz, t. l. Bezirkvorsteher, von Loitsch. — Calegari, t. l. Polizeicommissär, von Pettau. — Rotter, von Gran. — Carusso, Privatier, von Triest. — Cazzanis, von Senegafia.

Wilder Mann. Die Herren: Preysl, von Mailand. — Wodmann, von Raßtau. — Sachs, Schauspieler, von Olmitz. — Krozel, Schauspieler, und Fr. Arthur, Schauspielerin, von Wien. — Fr. Kraft, Schauspielerin, von Berlin. — Frau Garus, von Triest. — Frau Schauer, t. l. Beamtenwitwe, von Tüffel. — Frau Preinitz, von Graz.

Wiederholung vom 7. September.

Triest: 25 44 32 57 35.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

September	Zeit	der Wöchtheit	Barometerstand in Barometerlinien auf 30° R. reducirt	Sturmempfehlung nach Sturm	Windrichtung	Regenfall in Zentim. in Vierstunden
6 II. Mg.	328.20	+12.5	windstill	dinner Nebel		
7. 2. Mg.	328.00	+22.3	SW schwach	halbheiter	0.00	
10. Ab.	328.15	+16.2	windstill	sternenhell		
6 II. Mg.	328.38	+11.2	windstill	Nebel		
8. 2. Mg.	327.25	+21.0	W. schwach	heiter	0.00	
10. Ab.	327.43	+14.5	windstill	sternenhell		

Berantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayer.

	Geld	Baare	Geld	Baare

<tbl_r cells="5" ix